



Dat Rotmuul

regional hanseatisch sozialdemokratisch

Nr. 4 / Oktober 2008

SPD Kreisverband Stralsund

GROSSE GRATULATION, SONJA !

Sonja Steffen hat etwas geschafft, was kaum jemand erwartet hatte: Sie wurde für die Bundestagswahl im Herbst 2009 auf den zweiten Platz der SPD-Liste für Mecklenburg-Vorpommern gesetzt. Damit hat sie zwar ein Bundestagsmandat noch lange nicht sicher, aber die wesentlichen Schritte hin zu diesem Ziel hat sie bereits getan. Vier wichtige und schwierige Hürden waren dafür zu überwinden.

Die erste Hürde, die eigentlich die leichteste hätte sein sollen, nämlich die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Stralsund am 16. Juni 08, hätte fast zu einem Scheitern geführt. Zwar hatte Klaus Mohr, der sich offenbar auch mit Erwin SELLERING vorher abgestimmt hatte, sehr beredt dargestellt, welche Chancen gerade Sonja hätte, aber die Mitglieder hatten sich offenbar zuvor schon auf andere Kandidaten festgelegt und ließen sich nur schwer umstimmen. Sonja erhielt 14 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen, bei 5 Enthaltungen. Bei diesem Ergebnis hätte Sonja fast ihre Kandidatur zurückgezogen; glücklicherweise überlegte sie es sich anders. Danach kam die Wahlkreis-Konferenz am 6.9.08 mit Delegierten aus Rügen, Stralsund und NVP. Sonja kandidierte gegen die verdiente und in der Parteiarbeit erfahrene Rita FALKERT aus Ribnitz-Damgarten. Aber Sonja war mit ihrer Vorstellung einfach besser und überzeugender. Sie erhielt 35 Stimmen, Rita dagegen nur 18, bei zwei Enthaltungen.



Vor dem Landesvorstand der Partei, der in Güstrow tagte und dem bekanntlich kein Stralsunder angehört, konkurrierte Sonja gegen die erst 32-jährige Katharina FEIKE. Von 15 Stimmen erhielt Sonja 9, Katharina nur 6. Auch hier, das muss gesagt werden, hatte der mittlerweile in Parteidingen sehr erfahrene Klaus Mohr tüchtig für die ja noch weitgehend unbekannte Sonja geworben.

Die letzte Hürde war der Landesparteitag am 20.9. in Waren. Stralsund war mit vier Delegierten vertreten (Klaus Mohr, Niklas RICKMANN, Günter ZELL und Hans-Walter WESTPHAL). In einem mühseligen Entscheidungsprozess, in dem mehrere Kandidaten und Kandidatinnen ihre Hoffnungen begraben mussten, erhielt unsere Sonja schließlich 63% der Stimmen für den zweiten

Platz auf der Landesliste. Das ist wirklich eine tolle Leistung. Sonja wird sich nun auf den Wahlkampf konzentrieren können. Bekanntlich kandidiert sie in unserem Wahlkreis gegen die Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sonja hat eine gut laufende Anwaltskanzlei und auch eine große Familie. Auf sie wird viel Arbeit zukommen. Aber natürlich wird die Stralsunder SPD, wo und wie immer sie kann, ihr sehr gerne bei der Parteiarbeit helfen. Halten wir ihr den Daumen, dass sie es 2009 in den Bundestag schafft. Die Qualifikation dafür hat sie allemal.

Rupert Eilsberger

Haushaltsmisere

Informationen zur Haushaltsmisere der Hansestadt

Mitten in der Urlaubszeit, nämlich am 23.7.2008, hat der Innenminister die Hansestadt mit einer Verfügung zum Haushalt beglückt, die es in sich hat. Zwar wurde der Haushalt 2008 genehmigt, allerdings mit wesentlichen Einschränkungen und Auflagen.

Es ist der Hansestadt seit 2005 nicht mehr gelungen, einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt vorzulegen. Für das Jahr 2008 beläuft sich die Unterdeckung nach den Feststellungen des Innenministeriums auf 16,652 Millionen Euro, wobei allerdings 10,278 Millionen aus dem Jahre 2006 stammen. Kritisch wird ferner festgestellt, und das lässt sich ja im Haushaltsplan auch nachlesen, dass bis zum Ende des Haushaltsjahres 2011 ein Fehlbetrag von insgesamt 31,278 Millionen Euro zu erwarten ist.

Aus diesen Gründen trifft der Innenminister folgende Anordnungen:

- Es ist ein Nachtragshaushalt bis zum 30. 11. 2008 vorzulegen, der einen um mindestens 7 Millionen geringeren Fehlbedarf für den Haushalt 2008 vorsieht.
- Ferner muss die Hansestadt bis zum 31. März 2009 ein überarbeitetes Haushaltssicherungskonzept vorlegen, das den strukturellen Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt, das heißt die jährlich entstehende Unterdeckung von rund 5 Millionen pro Haushaltsjahr, beseitigt.
- Ferner muss kurzfristig durch den OB eine haushaltswirtschaftliche Sperre verfügt werden, um das Ziel des Nachtragshaushalts nicht von vornherein faktisch unmöglich zu machen, weil alle Haushaltsmittel ausgegeben sind.
- Der genehmigungspflichtige Betrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird in Höhe von rund 4 Millionen Euro nicht genehmigt
- Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen

- wird in Höhe von 1,355 Millionen Euro nicht genehmigt.
- Die mit 20 Millionen Euro beantragten Kassenkredite werden nur in Höhe von 17 Millionen genehmigt, wobei die allgemeine Rücklage aufzulösen ist.
- Es wird eine Wiederbesetzungssperre für Personalstellen von einem Jahr Dauer festgelegt.
- Die Nachbesetzung freierwerdender Stellen hat aus dem vorhandenen Personalbestand zu erfolgen. Sofern dies nicht möglich ist, ist die Zustimmung des Innenministers einzuholen.

Gegen diese Anordnungen hätte die Hansestadt Rechtsmittel einlegen können; sie hat es allerdings nicht getan, weil damit voraussichtlich nur Zeit verloren würde und die Schulden weiter gestiegen wären. Die Anordnungen zeigen, dass die Situation bitterernst ist, und dass vor der Bürgerschaft schwierigste Aufgaben liegen.

Die Haushaltssperre hat der OB noch im August erlassen. Sie sieht im Verwaltungshaushalt Mittelsperren von 1,730 Millionen Euro und im Vermögenshaushalt Sperren von 3,655 Millionen Euro vor. Die Sperren betreffen im Verwaltungshaushalt eine Fülle von Maßnahmen mit teilweise sehr kleinen Beträgen. Größere Posten sind Energieeinsparungen (Gasbezug) und Einsparungen bei der Gebäudereinigung. Aber auch eine Fülle von Zuschüssen werden gesperrt, u.a. für den Seniorenbeirat und die Sundine. Die Sperren im Vermögenshaushalt betreffen u.a. die Sanierung des Landständehauses und die Sanierung und Ausstattung der Stadtbibliothek.

Die SPD-Fraktion hat beschlossen, von sich aus zunächst keine Einsparungsvorschläge für den Nachtragshaushalt zu machen. Wir warten auf den Vorschlag der Verwaltung. Die Zeit für die Beratung und Verabschiedung bis zum 30.11. wird wahrscheinlich sehr knapp werden. Zu rechnen ist mit mindestens einer Sondersitzung der Bürgerschaft.

Rupert Eilsberger

Ein Jahr Berufsschule Grünhufe

Vor einem Jahr wurde das neue Berufsschulgebäude in der Lübecker Allee eingeweiht. Nach zähen Auseinandersetzungen in der Kommune wie auch im Land waren die Fördergelder bereit gestellt, ein Ort der Ansiedlung und ein neues Projekt gefunden: Es sollte ein Kompetenzzentrum für Berufsausbildung zwischen einer kommunalen Berufsschule und einer privatwirtschaftlichen Schule, angesiedelt bei der IHK / Haus der Wirtschaft, geschaffen werden. Sicher erinnert sich noch jeder an die Querelen und Peinlichkeiten und das Verhalten unseres Schulverwaltungsamtsleiters. Kein Kommentar meinerseits. Die SPD erkannte von Anfang an die Bedeutung einer Berufsschule für die Kommune: Ein Wirtschaftsfaktor!

Auf Landesebene kämpfte Klaus Mohr für den Erhalt des Standortes in Stralsund, denn ohne dieses neue Gebäude wäre die Berufsschule Stralsund eine Außenstelle der Berufsschule Greifswald geworden. Auf kommunaler Ebene waren es vor allem unsere Bürgerschaftsfraktion, aber auch mutige Lehrer und Schüler der Berufsschule.

Für mich persönlich war es eine Bestätigung unseres Vorgehens, als die Schulleiterin der BS Frau Kahmann am Ende des letzten Schuljahres einschätzte, dass es doch sehr gut sei, am Standort Lübecker Allee und nicht im stark sanierungsbedürftigen zweiten Gebäude des ehemaligen Herder-Gymnasiums zu sein.

Wie ist der jetzige Stand? Nach wie vor wird an der Berufsschule noch an 4 anderen Standorten ausgebildet: Dänholm, Heinrich-Heine-Ring, Arnold-Zweig-Straße (Herder-Gymnasium Gebäude 1) und am Krankenhaus. Was aber äußerst wichtig ist, ist der Neubau der Halle für die Berufsausbildung der Mechatroniker am Berufsschulstandort Stralsund/Lübecker Allee. Außerdem gibt es mittlerweile eine Zusammenarbeit zwischen der Berufsschule und dem Haus der Wirtschaft, die nach Aussage des Geschäftsführers des HdW Herrn Giebener im Interesse beider Einrichtungen liegt. Es wird eine Lernkooperation angestrebt.

Allerdings komme ich nicht umhin, auf Pressemeldungen der letzten Wochen über die Situation an Berufsschulen einzugehen. Ja, es bahnt sich eine Katastrophe an. Die Altersstruktur der Lehrer an unserer Berufsschule entspricht dem Landesdurchschnitt: 48,3 Jahre und ca. 20% der Lehrkräfte sind in Altersteilzeit mit jährlich abnehmender Unterrichtsverpflichtung bis 2013. Junge Kollegen sind nicht in Sicht. Hinzugefügt werden muss auch, dass eine Berufsschule viel umfassender ausbildet als vermutet wird, neben der Berufsausbildung gibt es das Fachgymnasium (Abschluss Allgemeine Hochschulreife)

und die Fachoberschule (Abschluss Fachhochschulreife). Während es in der Berufsausbildung aufgrund unserer demografischen Situation zu sinkenden Bewerberzahlen kommt, trifft das nicht auf Fachgymnasium (FG) und Fachoberschule (FOS) zu. Die Jugendlichen und jungen Facharbeiter wollen sich bilden, wollen studieren. Hier kommen nun die „genialen“ Pläne unseres Bildungsministers ins Spiel: Bewerbungen für Fachgymnasien und Fachoberschulen müssen bis Anfang Februar erfolgen, die Zusagen werden aber bis Juni hinausgezögert, in der Hoffnung, dass die potentiellen Abiturienten und FH-Studenten sich anderweitig orientieren – abwandern. Auf diese Art und Weise haben wir im FG- und FOS-Bereich in Stralsund jeweils 30 junge Lernwillige verloren. Ziel dieser gefährlichen Aktion ist es, die Berufsschullehrer in die Arbeitsteilzeit zu zwingen

Meine Frage nach Schwerin: Sparen wir uns da nicht kaputt?

Ich hoffe auf die Umstrukturierung des Kabinetts in Schwerin und auf die Aussage von Erwin SELLERING, der Bildung zu ihrer berechtigten Bedeutung zu verhelfen.

Ute Bartel

Unser Theater ...

... ist, wie bekannt, vorbildlich restauriert worden. Doch ist der Fortbestand des Personals aus finanziellen Gründen in Frage gestellt. Auch darüber stand in den Zeitungen schon Einiges zu lesen. Die Sparvorschläge reichen vom (im schlimmsten Fall) reinen Beispiel-Theater mit wenig eigenem Personal über die Schließung einer der 3 Sparten bis zu Fusionen mit anderen Theatern über Greifswald und Putbus hinaus. Zunächst hören wir hauptsächlich von entsprechenden Vorschlägen aus Schwerin, die langfristig greifen sollen, und den Rufen des Entsetzens aus Stralsund. Unser Theater ist jedoch zu wertvoll, als dass wir uns auf Proteste beschränken dürften. Inwieweit es stimmt, dass Schwerin schon lange vergeblich auf eigene Sparvorschläge des Theaters wartet, entzieht sich meiner Kenntnis.

Ich halte es für notwendig, dass Kommunalpolitiker sich vorab mit dem künstlerischen Leiter Prof. Nekovar, dem Verwaltungsdirektor Dr. Ickrath, Mitarbeitern des Theaters und einem Mitglied der "Hebebühne" zusammensetzen, um Meinungen und vor allem Fakten auszutauschen. Dabei ließe

sich z.B. mit geringem Aufwand klären, wo und unter welchen Bedingungen sich Fusionen von Theatern bewährt haben, wo der Austausch nur von Ausstattungsgegenständen der Bühnen Einsparungen gebracht hat, inwieweit die Auswahl der Bühnenstücke finanziell bedeutsam ist, und wie es mit den 3 Sparten unseres Theaters im Einzelnen bestellt ist. Die Stadt wäre sicher auch an kurzfristigen Einsparmöglichkeiten interessiert.

Es ist bekannt, dass Intendanten sich nicht in ihre Pläne dreinreden lassen, und dass sie schon immer bis an die Grenze des künstlerisch Erträglichen fürchterlich gespart haben. Aber es geht derzeit leider grundsätzlich um unser Theater.

Unsere Fraktion in der Bürgerschaft wäre in ihrer personellen Zusammensetzung gut in der Lage, eine Zusammenkunft in diesem Sinne vor Ort zu steuern und dann evtl. Sparvorschläge nach Schwerin weiterzureichen.

Bis dahin können wir alle dem Theater helfen, indem wir möglichst oft die Vorstellungen besuchen.

Anton Werner

Für mehr Mitarbeit in der SPD

Die politische Arbeit erfordert nicht nur Energie und Zeit, die der oder die Berufstätige mit Kindern kaum hat, sondern auch viel Sachverstand oft bis in die Einzelheiten. Beim löblichen Versuch, Ideen für die Sanierung des städt. Haushalts einzubringen, die nicht diametral gegen sozialdemokratische Grundsätze verstoßen, stolpert der Unerfahrene erst einmal über das kommunale Haushaltsrecht, wie es derzeit noch gilt. Beim Versuch, mir

über die Gegensätze, aber auch Zusammenhänge zwischen Vermögens- und Verwaltungshaushalt einigermaßen lesereiches Informationsmaterial zu besorgen, bin ich auf viel Verständnis gestoßen und habe inzwischen sogar von einer höher gestellten Mitarbeiterin des Innenministeriums Material per Post zu erhalten. Wer sich außer mir dafür interessiert, kann mich unter 309396 anrufen.

Anton Werner

Gedanken zum Tag der deutschen Einheit

Vor einiger Zeit fragte ich einen Mann, ob er sich die Mauer zurück wünsche. Er verneinte das, aber sagte mir, dass er einen kenne, der die Mauer wiederhaben wolle. Auf meine Frage, wer das sei, blieb er merkwürdig vage. Ich persönlich habe noch niemanden getroffen, der die Mauer zurückhaben wollte. Immerhin: Nach einer Erhebung des „Stern“ aus dem September 2004 wollte jeder vierte Westdeutsche(!) und jeder achte Ostdeutsche die Wende rückgängig machen. Diese Einstellung hat sich wohl geringfügig verändert: Nach einer Umfrage des Forsa Instituts vom November 2007 - eine aktuellere ist mir nicht bekannt - wollte jeder fünfte Bundesbürger (21% der Befragten) die Wende rückgängig machen. Signifikante Unterschiede zwischen Ost und West gab es nicht mehr. Allerdings weiß ich nicht, inwieweit diese Wende-Gegner sich wirklich klarmachten, dass die „Mauer“ für die erneute Errichtung eines totalitären Systems steht, das u. a. die Menschen in der Entwicklung ihrer Produktivkräfte in schlimmer Weise behinderte und Reiseverbote verhängte. Die Umfrageergebnisse sind deshalb wohl sehr differenziert zu sehen. Niemand wird bestreiten, dass ungeachtet sehr großer finanzieller Transferleistungen die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland der in Westdeutschland nachhinkt, dass die Produktivkraft pro Arbeitsplatz in Ostdeutschland geringer ist, dass die Löhne niedriger sind und die Arbeitslosigkeit höher. Dem Internet entnehme ich, dass die Arbeitslosenquote in der Euro-Zone im Oktober 2008 7,5% betrug, in der Bundesrepublik 7,4%. Demgegenüber lag die Erwerbslosenquote im September 2008 in Mecklenburg-Vorpommern bei 12,7%. Auch hier ist freilich eine differenzierte Betrachtung geboten: Mecklenburg-Vorpommern war schon immer ein im Hinblick auf die industrielle Entwicklung strukturschwaches Land, vergleichbar einer Reihe ähnlicher Gebiete in Westdeutschland (z.B. Eifel, Teile von Schleswig-Holstein). Vor allem ist entscheidend, wie die Entwicklung über die Jahre verläuft. Hier wird niemand bestreiten, dass sich, natürlich auch abhängig von der jeweiligen Konjunktur, eine deutliche Angleichung der Lebensverhältnisse vollzogen hat und dass es Orte in Ostdeutschland gibt, deren wirtschaftliche Entwicklung der in Westdeutschland schon durchaus vergleichbar ist. Zu nennen sind hier zum Beispiel Leipzig, Eisenach, Halle und Dresden. Schon heute ist die Infrastruktur in Ostdeutschland (Straßen- und Autobahnbau sowie Schienenverkehr) der westdeutschen durchaus gleichwertig. Und wiederum wird niemand bestreiten, dass es sehr zahlreiche Örtlichkeiten überall in Ostdeutschland gibt, in denen die einst von Helmut Kohl beschworenen „Blühenden Landschaften“ längst entstanden sind. Ein Problem ist und bleibt die „Mauer in den Köpfen“. Vorbehalte der Ostdeutschen gegenüber westdeutschen Zuwanderern sind verständlich. Es gab nach der Wende eine Reihe von Glücksrittern, die den Osten sozusagen erobern wollten und sich dabei nicht immer mit der nötigen Rücksicht benommen haben. Insgesamt ist der Zuzug von westdeutschen Personen und von westdeutschem Kapital freilich erwünscht und zu begrüßen. Deshalb gehen die Vorbehalte zurück. Allerdings rechne ich fest damit, dass z.B. vor der nächsten Kommunalwahl 2009 wieder gegen die Westdeutschen in der SPD geschossen wird. Völlig unberechtigt und geradezu irrational sind die Vorbehalte der Westdeutschen gegenüber den Ostdeutschen. Sie beruhen zum größten Teil auf handfester Unkenntnis und Vorurteilen. So sind zum Beispiel viele Westdeutsche noch immer der Meinung, dass der „Soli“ allein von den Westdeutschen entrichtet würde. Auch wird der Komfort, der dem Reisenden heute in Ostdeutschland geboten wird, in vielen westdeutschen Kreisen noch immer gewaltig unterschätzt. Der Autor dieser Zeilen (ein 1993 aus Westdeutschland Zugereister) ist ein bisschen stolz darauf, dass er jedenfalls in seiner Familie und seiner westdeutschen Bekanntschaft durch Einladungen und zahlreiche Gespräche mit diesen irrationalen Vorurteilen gründlich und nachhaltig aufgeräumt hat. Es liegt aber auf der Hand, dass die „Mauer in den Köpfen“ ein Generationenproblem ist. Wer die Wende nicht miterlebt hat, und das werden ja immer mehr Personen, der wird auch keine Vorbehalte mehr pflegen, sondern der wird die deutsche Einheit als das akzeptieren, was sie ist: Ein historischer Glücksfall, eine ungeheure Bereicherung und eine wunderschöne Aufgabe.

Rupert Eilsberger

Persönliches

Detlef Erbentraut

ist Präsident des FC Pommern
und Mitglied im Rotaryclub

Mathias Miseler

richtete unsere SPD-homepage ein

Inge Bööck

ist Kassierererin des OV Süd und
„Dauerausählerin“ bei SPD-Wahlen

Bärbel Ciesielski

ist aktiv im Jugendhilfeausschuß,
engagiert sich im „Bündnis gegen Rechts“
und betreut Haftentlassene

Anton und Angelika Werner

laden gern zur Hausmusik in ihr Wohnhaus Mönchstr. 12 ein

Jörg Honnef

leitet den Stralsunder Kunstverein

Axel Hass

ist Pate für Kinderspielplätze

Wolfgang Sollich

ist Stellvertretender OV-Vorsitzender Nord
und Disjockey im „Caddy-Club“ am Alten Markt

Dr. Rüdiger Lösekrug

sitzt für die SPD im Aufsichtsrat der SIC

Prof. Dr. Rupert Eilsberger

wurde für drei Jahre wiedergewählt als Vorsitzender
des Bürgerkomitees „Rettet die Altstadt Stralsund“

Dr. Henning Klostermann

ist Vorsitzender des Fördervereins der
Fachhochschule Stralsund,
ist Mitglied u.a. im: Stiftungsrat der Umweltlotterie Bingo in HH,
im Kernenergiebeirat des Landes M-V
in einem Beirat des Ozeaneums
und im Beirat der Forensischen Klinik Stralsund

Gisela Klostermann

*Diese Ausgabe des Rotmuul wurde gesponsert
von Detlef Erbentraut, Martens & Prahl
Versicherungskontor GmbH,
Neuer Markt 3, 18439 Stralsund*

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Kreisvorstand der SPD
(außer für namentlich gekennzeichnete Artikel)
Herausgeber: Kreisvorstand der SPD
Heilgeiststraße 78, 18439 Stralsund
Redaktion: R. Eilsberger, A. Werner, G. Klostermann
Satz und Druck: hanse druck & medien GmbH - Stralsund
Tel. 03831 - 29 29 26